

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Staatssekretär**

Herrn  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 30. November 2007

**Errichtung von Regionalleitstellen für die Nutzung des bundesweiten Digitalfunks aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS);  
Hier: Regional-Leitstelle „Süd“ in Lübeck**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit der Vorlage kommt das Innenministerium seiner Zusage vom 4. Oktober 2006 nach, über neue Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Regionalleitstelle Süd in Lübeck zu berichten.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Arne Wulff

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Neugebauer, MdL  
Landeshaus

24105 Kiel

über das  
Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64

24105 Kiel

30. November 2007

**Errichtung von Regionalleitstellen für die Nutzung des bundesweiten Digitalfunks  
aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS);  
Hier: Regional-Leitstelle „Süd“ in Lübeck**

Sachstandsbericht

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2006 die vom Innenministerium gemäß § 8 Abs. 22 Haushaltsgesetz 2006 erbetene Einwilligung in den Abschluss eines Mietvertrages für die von der LV SH auf eigenem Grundstück zu errichtende Regional-Leitstelle in Lübeck erteilt. Im Rahmen der damaligen Erörterung im Ausschuss hatte ich zugesagt, über neue Entwicklungen zu berichten. Dem komme ich gerne nach.

Der Einwilligung des Finanzausschusses und dem in der Folge mit der LVSH geschlossenen Vorvertrag lag eine Machbarkeitsuntersuchung zugrunde, in der Investitionskosten seitens der LVSH in Höhe von insgesamt 3,3 Mio. € sowie eine daraus resultierende jährliche Mietleistung des Landes in Höhe von etwa 240 T€ genannt wurden. Aufgrund der damaligen geringen Planungstiefe wurde wie üblich auch eine Schwankungsbreite von +/- 30% vereinbart.

Nach aktuellem Planungsstand betragen die Investitionskosten nunmehr 3,92 Mio. € einschließlich Verwaltungskosten und der Zwischenfinanzierung. Das bedeutet eine Steige-

rung der Kosten um ca. 18,8% gegenüber der Ursprungsannahme. Der hieraus abgeleitete Mietzins an die LVSH beläuft sich auf eine Jahresmiete von rd. 299 T€. Dies stellt eine Steigerung von ca. 24,4 % dar. Diese erforderlichen jährlichen Miet-Mehrkosten sollen innerhalb des Kapitels 0410 „Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz“ erbracht werden.

Die Steigerung der Kosten basiert auf höheren Gründungskosten, einer generellen Verteuerung von Bauleistungen in Höhe von 7% gegenüber der ursprünglichen Planung sowie eines erhöhten Raumbedarfes durch leicht veränderte Raumgrößen und -zuschnitte zur Gewährleistung der Funktionalität der einzelnen Leitstellenräume, der sich erst im Rahmen der vertiefenden Planung gezeigt hat. Soweit sich in diesem Verfahren noch Möglichkeiten zur Kostenreduzierung ergaben, wurden diese genutzt und in die aktuelle Kostenberechnung einbezogen.

Die aktuelle Kostensteigerung bewegt sich innerhalb der Schwankungsbreite des mit der LVSH geschlossenen Vorvertrages. Die Investitionsunterlage Bau wurde kürzlich unterzeichnet und die Mittel seitens der LVSH freigegeben, um die termingerechte Errichtung der Leitstelle Süd zu gewährleisten.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

gez. Norbert Scharbach